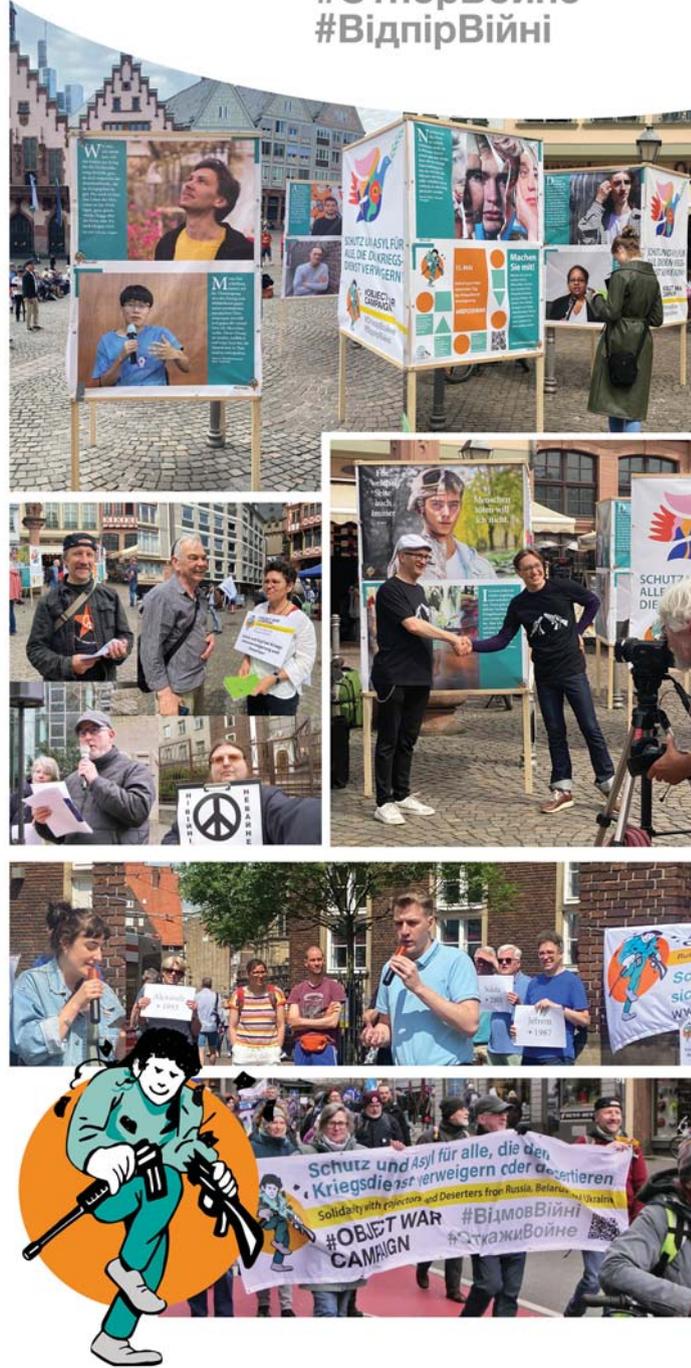


Die Kampagne wird getragen von:



#OBJECT WAR CAMPAIGN

#ОтпорВойне
#ВідпорВійні



Spendenaufruf

Unterstützen Sie Deserteur*innen und Verweiger*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine

Die eingehenden Spenden verwenden wir ausschließlich für die Arbeit mit den Deserteur*innen und Verweiger*innen. Wir haben für diesen Zweck ein eigenes Spendenkonto bei Connection e.V. eingerichtet

IBAN DE47 5055 0020 0006 0853 77
Sparkasse Offenbach, BIC HELADEF1OFF

Spenden können Sie auch online über www.Connection-eV.org/StopWarUkraineDonation

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Für eine Spendenquittung bitten wir um Angabe Ihrer Adresse. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Connection e.V., Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach,
Tel.: 069 82 37 55 34, office@Connection-eV.org



www.Connection-eV.org



Mehr Infos unter www.objectwarcampaign.org
Fotos: Zani Arkadina, Connection e.V., Yurii Sheliazhenko
ViSDP: Rudi Friedrich, www.Connection-eV.org

#OBJECT WAR CAMPAIGN



Russland

Belarus

Ukraine

#ОткажиВойне
#ВідмовВійні

Solidarität mit allen, die sich dem Krieg verweigern

Russland, Belarus und Ukraine: Solidarität mit allen, die sich dem Krieg verweigern.

Russische Verweiger*innen werden in Asylverfahren in der Regel abgelehnt, in der Ukraine werden Kriegsdienstverweiger*innen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Über 120 Organisationen aus über 20 Ländern zeigen ihre Solidarität und setzen sich für diese Menschen ein. Sie fordern anlässlich des Krieges in der Ukraine: Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und Ukraine. Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung muss auch in Kriegszeiten Gültigkeit haben.

Was wir tun

Stand: August 2024

Information und Beratung im deutschsprachigen Raum: Verschiedene Organisationen bieten Beratung und Begleitung im Asylverfahren für betroffene Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen an. Rechtsanwält*innen können vermittelt werden. Mehr dazu bei [Connection e.V.](#) und über den russischsprachigen Telegram-Kanal на русском: t.me/connection_ev.

In unserem **Europäischen Netzwerk** mit Kontakten nach Finnland, Litauen, Georgien, Ukraine, Russland sowie vielen westeuropäischen Ländern gibt es weitere Organisationen, die Betroffene beraten und unterstützen, damit sie Schutz und Asyl erhalten und eine neue Perspektive entwickeln können. Kontakte unter www.objectwarcampaign.org/contacts.

Aktionswochen #ObjectWarCampaign: Halbjährlich ruft das Netzwerk zu Aktionswochen auf: Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember und zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai. Machen Sie mit! Eine Übersicht finden Sie unter www.objectwarcampaign.org.

Arbeit der Gruppen finanziell unterstützen: Wir fördern die Gruppen des europäischen Netzwerkes insbesondere aus den am Krieg beteiligten Ländern, die Verweiger*innen und Deserteur*innen unterstützen. So zum Beispiel das Projekt „NO means NO“ der belarussischen Organisation Nash Dom, die Ukrainische Pazifistische Bewegung, die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung in Russland, Idite Lesom und den Verein act4transformation in Georgien, die dort Beratung anbieten.

Das können Sie tun: Unterstützen Sie die #ObjectWarCampaign. Nehmen Sie teil an den Aktionswochen. Organisieren Sie selbst eine Veranstaltung vor Ort. Geben Sie diese Information an Freund*innen weiter. Infomaterial kann in unseren online-Shops bestellt werden: www.Connection-eV.org/shop oder www.shop.dfg-vk.de.

Wir sagen Danke an alle, die sich bereits an der Spendenaktion beteiligt haben. Es sind so bislang 350.000 € für diese Arbeit eingegangen. Etwa 300.000 € haben wir inzwischen vor allem für die Unterstützung der Gruppen des Netzwerkes aufgewandt und können so deren Arbeit nachhaltig absichern.

„Ich wollte nie Teil des Krieges sein.“

Nikolai, Russland

Mehr Infos unter:
Connection e.V.
Von-Behring-Str. 110
63075 Offenbach
Tel.: 069 8237 5534



www.objectwarcampaign.org

Kriegsdienstverweigerung in Russland, Belarus und Ukraine

In den drei Ländern existieren unterschiedliche Regelungen zu Militärdienstpflicht, Recht auf Kriegsdienstverweigerung, Militärdienstentziehung und Desertion. Weitverbreitet sind Zwangrekrutierungen, auch in den Separatistengebieten. Russland und Belarus halten sich nicht an internationale Vorgaben zur Kriegsdienstverweigerung. Die Ukraine hat das Recht auf Kriegsdienstverweigerung mit Kriegsbeginn ausgesetzt.

„Wenn ein Krieg droht, ist es besser, alles fallen zu lassen.“

Igor, Belarus

In **Russland** und **Belarus** ist ein Antrag nur bis zur Einberufung möglich. Es gibt kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung für Reservist*innen und Soldat*innen, also auch nicht für diejenigen, die von einer Mobilmachung betroffen sind.

In den **Separatistengebieten** werden Verweiger*innen an die Front geschickt oder inhaftiert.

Die **Ukraine** hat bereits einige Kriegsdienstverweiger*innen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Gerade im Falle eines Krieges ist das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ein hohes Gut und muss gewährleistet werden. Niemand darf dazu gezwungen werden, gegen seine Überzeugung Kriegsdienst zu leisten.

Inzwischen haben sich Hunderttausende auf allen Seiten dem Kriegsdienst entzogen. Russische und belarussische Verweiger*innen fliehen vor allem nach Kasachstan, Georgien oder Armenien. Ukrainische Verweiger*innen sind häufig nach Westeuropa gegangen.

Schutz und Asyl bei Kriegsdienstverweigerung und Desertion

Viele Menschen in Russland und Belarus wollen sich nicht am völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine beteiligen. Auch in der Ukraine gibt es Militärdienstpflichtige, die den Kriegsdienst verweigern. Was passiert, wenn sie in Deutschland Asyl beantragen? Der Grundsatz der Rechtsprechung ist: Verfolgung und Bestrafung für eine Verweigerung wird als legitimes staatliches Handeln eingestuft. Wem nur deswegen eine Strafverfolgung droht, erhält kein Asyl.

Die deutsche Bundesregierung hatte zugesagt, dass russische Deserteur*innen Flüchtlingschutz erhalten sollen. Aber inzwischen wandten sich viele an uns, die vom Bundesamt für Migration (BAMF) abgelehnt wurden. Es sind Militärdienstpflichtige, die sich klugerweise frühzeitig den Rekrutierungen zum Krieg entzogen haben. Für diese Menschen ist die Zusage der Bundesregierung in der Tat völlig unzureichend.

Auch in der Ukraine gibt es Menschen, die sich der Beteiligung am Krieg verweigern. Für alle gilt, dass das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung,

„Es muss Leute geben, die sich für Frieden einsetzen.“

Andrii, Ukraine

wie es der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2011 festgestellt hat, Gültigkeit haben muss. Wenn dieses Recht verletzt wird, müssen sie als Flüchtlinge geschützt

werden. Der derzeitig befristet gewährte humanitäre Aufenthalt ist kein dauerhafter Schutz und wird immer wieder in Frage gestellt.